

Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE., Herr Dr. Bodo Meerheim, zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2009 der Stadt Halle

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

Ich mache es nicht am Ende, ich mache es zu Beginn meiner Ausführungen. Als Ausschussvorsitzender möchte ich mich recht herzlich bei den Mitarbeitern der Finanzverwaltung insgesamt, aber auch bei allen anderen Vertretern der verschiedenen Verwaltungsbereiche, die am Diskussionsprozess im Finanzausschuss teilgenommen haben, dafür danken, dass sie zumindest rege versucht haben, unserer Wissens- und Aufklärungsbegier zu entsprechen.

Und insbesondere, und wie gewohnt, mein herzlicher Dank an Frau Beßler für die große Unterstützung, die sie uns als Mitglieder des Finanzausschusses immer gegeben hat in Vorbereitung der Ausschusssitzungen.

Es war bestimmt auch nicht immer leicht mit uns als Stadträte, aber dieses Gefühl haben wir umgekehrt mindestens genauso oft gegenüber den Mitarbeitern der Verwaltung verspürt. Insofern kann man die Einschätzung von Herrn Geier durchaus teilen - es war manchmal schon knüppelhart für alle Beteiligten.

Ich denke aber es ging immer in einer vorwiegend sehr sachlichen Atmosphäre zu. Und ich kann dann doch die atmosphärische Einschätzung, die Sie vorgenommen haben, Herr Geier, nicht ganz teilen und neige eher zu der Einschätzung meiner Kollegen, die vor mir hier gesprochen haben, dass wir insgesamt in einer vernünftigen Atmosphäre miteinander gesprochen haben. Es gab sicherlich ab und zu Situationen, bei denen es auch mehrfacher Weckrufe in die Verwaltung hinein durch uns bedurfte, damit die Beigeordneten und auch die Mitarbeiter unsere Anliegen, die wir verfolgen, verstehen.

Denn dabei geht es uns erstens um das Anliegen, mit dem Haushalt Dienstleitungen für die Einwohner dieser Stadt zu gestalten und auch weiterhin in ausreichendem Maße zu sichern.

Wir verstehen uns nämlich nicht als Verwaltung und schieben die Last nur zur Verwaltung hin, mal nach oben, mal nach unten, also sprich in die Verwaltung hinein oder auf die Landesebene. Das ist so einfach, das nur zu kritisieren. Wir haben einen eigenen politischen Anspruch, mit diesem Haushalt umzugehen.

Und das zweite Anliegen, das wir damit verfolgen, ist das Anliegen der Umsetzung des ersten Anliegens durch die Verwaltung mit Hilfe und Maßgabe entsprechender Beschlüsse des Stadtrates. Denn er ist der politische Souverän, der am Ende heute hier eine Entscheidung dazu treffen wird.

Ich komme aber insgesamt später noch einmal auf diese beiden Anliegen zurück.

Und ich möchte jetzt aber doch noch einmal vielleicht eine nicht ganz so schöne Bemerkung machen, aber ich denke schon, dass sie durchaus zutrifft. Und zwar möchte ich bemerken, dass Haushaltsberatungen immer auch Aufschluss über den Zustand der Verwaltung geben. Dieser scheint - legt man die Beratungen zumindest teilweise zu Grunde, und das was man da manchmal erlebt hat - nicht der Beste zu sein. Das haben Sie, Herr Geier, auch selber kritisch angemerkt und man kann nur wünschen, dass dieser Zustand sich sofort und auch in Zukunft deutlich verbessert.

Und so leid es mir tut, auch das muss ich sagen - weil es in den vergangenen Jahren häufiger der Fall war und jetzt in diesem Jahr mir deutlich wieder aufgefallen ist - auch das Interesse der Oberbürgermeisterin am Haushalt und an der Gesamtsteuerung des Haushaltskonsolidierungsprozesses scheint, gemessen an ihren Teilnahmen in den Haushaltsdiskussionen, eben nicht der Bedeutung für die Stadt und ihrer Einwohner angemessen zu sein. Zumindest ist das mein Eindruck.

Die Fraktion DIE LINKE. findet das angesichts der prekären Situation, von der wir hier laufend sprechen und den daraus sich möglicherweise entwickelnden Folgen, vorsichtig ausgedrückt, einfach schade.

Zum Haushalt selbst:

Im Januar dieses Jahres wurde er eingebracht und hat immerhin bis zum April heute gebraucht, bis unser Haushalt beschlussfähig scheint.

Ein Grund für diese späte Einbringung ist ganz sicher, das hat Herr Krause schon bemerkt, die verspätete Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2010 gewesen. Dies hat ganz sicherlich dazu beigetragen, dass die Verwaltung bestimmte Vorbereitungsprozesse nicht in einem solch kurzen Zeitraum hat abwickeln können. Das ist ja immerhin auch nur ein halbes Jahr gerade her, wenn man einmal darüber nachdenkt, wann wir den Nachtragshaushalt beschlossen haben.

Ursprünglich mit einem strukturellen Defizit von 20 Mio. € geplant - und zwar knapp vor einem halben Jahr, nämlich in der Finanzplanung, die wir im Oktober 2010 beschlossen haben - landete der Haushaltsentwurf mit Stand vom 10.01.2011 bei knapp 32 Mio. € Defizit.

Stellt sich also für unsere Fraktion DIE LINKE. die Frage: Haben Sie als Verwaltung nicht schon vor einem halben Jahr gesehen und gewusst, was Sie uns im Januar 2011 vorlegten?

Und eine weitere Frage schließt sich da logischer Weise an: Wie kam eigentlich diese deutliche Erhöhung gegenüber der Finanzplanung aus dem Nachtrag 2010 innerhalb von so kurzer Zeit zustande? Oder anders formuliert: Was ist eigentlich passiert, was Sie nicht schon im Herbst 2010 wussten?

Antworten?! - Ich habe noch keine.

Nun ja, es ist ja auch ein bisschen besser geworden, könnte man meinen. Immerhin ist das Defizit mit der heutigen Haushaltsvorlage bei ca. 25 Mio. € gelandet und damit ja doch gegenüber dem Einbringungsentwurf gesunken - soweit so gut. Aber es bleiben ja immerhin noch ein bisschen mehr als 5 Mio. €, als in der Finanzplanung 2010 angekündigt, übrig.

Es bleiben aber wenigstens mindestens 2,5 Mio. € mehr übrig, wenn man die Mehrkosten für die Stadt, die sich aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung ergeben, nicht berücksichtigt. Und das trotz gemeinsamer Anstrengung von Rat und Verwaltung, das Ziel von „nur“ 20 Mio. € Defizit zu erreichen.

Da muss ich also auch Herrn Geier ausdrücklich widersprechen und die Hinweise von Herrn Bönisch hier nochmal mit aufnehmen, dass ich schon immer noch der Meinung bin, dass wir uns im Finanzausschuss nicht zu Unrecht auch um Details, oder wie sie es formuliert haben: um Atomisierung der Diskussionen, gekümmert haben.

Nur so sind wir zum Teil auf Dinge gestoßen, die, wie Herr Bönisch sich ausgedrückt hatte, nicht plausibel waren und somit quasi zwischenzeitlich der Verringerung des Defizits zugeführt wurden, so dass sie später durch andere Fraktionen als Deckungsmittel wieder zur Verfügung gestellt werden sollten. Insofern ist der Hinweis von Herrn Krause nicht ganz richtig, sich da mit fremden Federn zu schmücken, dass er einen Deckungsvorschlag gemacht hat. Diese Mittel, die als Deckung vorgeschlagen wurden, kamen aus dem Finanzausschuss heraus. Und die Verwaltung hat dankenswerterweise auch ohne Beschlüsse manche Dinge umgesetzt und in dem entsprechenden Überarbeitungsdienst zum Haushalt auch mit berücksichtigt.

Unsere Fraktion kann manches von dem teilen und gut nachvollziehen, was trotzdem an Einsparungen seit Januar immerhin dazugekommen ist. Man darf ja auch den Erfolg nicht gänzlich kleinreden.

Doch wir sind allerdings nicht bereit, die jetzige Beschlussvorlage, welche im Finanzausschuss entstanden ist, vollständig mitzutragen.

Eine für uns immer noch drohende und zunehmende sowie rein finanziell begründete Auswirkung der kommunalen Daseinsvorsorge im Sinne von Bereitstellung diverser Leistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner in dieser Stadt in den Bereichen Kultur, Sport, Kinder, Jugend und Soziales kann nicht ernsthaft das Ziel eines demokratisch orientierten Gemeinwesens sein. Das ist ein Grundsatz. Ich denke, dem können auch alle anderen Fraktionen, die hier versammelt sind, zustimmen.

Von diesem Grundsatz auch ausgehend, begrüßte unsere Fraktion dann auch den im Nachtrag 2010 dargelegten neuen haushaltspolitischen Ansatz der Verwaltung im Umgang mit dem neuen Haushaltsloch, welches sich damals gerade erst entwickelt hatte. Dieser Ansatz stellte damals tatsächlich eine wirklich neue Herangehensweise dar und wurde von uns politisch als wertgeschätzte Position geteilt.

Nur leider werden die damals mehrheitlich formulierten und beschlossenen Grundlagen für den Haushalt 2010 offenbar von einer Ratsmehrheit heute, zumindestens für den Haushalt 2011, nicht mehr voll geteilt, vor allem bezogen auf die 10 %-Kürzungen bei den Fördermitteln für die Gemeinwesen orientierte Vereinsarbeit.

Sollte sich dies in der heutigen Diskussion bestätigen, kann unsere Fraktion der Haushaltsatzung nicht zustimmen. Dabei geht es uns schwerpunktmäßig um folgende Positionen, um auch das zu sagen:

1. Um den Änderungsantrag, der hier mit auf der Tagesordnung steht, bezogen auf die Förderung der Wohlfahrtspflege.
2. Um den Änderungsantrag bezogen auf die Förderung der Jugendhilfe im Bereich Kinder, Jugend und Familie.

3. Den Halle- Pass betreffend. Wobei das sich möglicherweise erledigen könnte, wenn ich gesehen habe, dass es heute noch einmal ein Austauschblatt seitens der Verwaltung dafür gegeben hat.
4. Die Finanzierung von Brandschutzmaßnahmen in Schulen und Kindertagesstätten. Und das bezieht sich ausdrücklich auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag von Herrn Schachtschneider.

Darüber hinaus lehnen wir auch weiterhin die von Ihnen hier noch einmal vorgetragene Vorstellung über Einnahmen aus Vermietung von städtischen Schulsporthallen an Vereine ab.

Die von der Verwaltung hier ursprünglich geplanten Einnahmen würden die städtische Förderung von Sportvereinen überstiegen haben. Da hätte man auch gleich dem Verein mitteilen können, ihr bekommt einfach nächstes Jahr nichts mehr - das wäre ehrlicher gewesen und liefe auf das Gleiche hinaus. Ich hoffe, dass diese Vorstellungen nun endgültig im Orkus verbleiben und nicht wieder auferstehen.

Stattdessen hätte die Stadtverwaltung einen Haushalt aufstellen sollen - was sie nicht wirklich getan hat und deshalb aber in Zukunft tun sollte -, der davon ausgeht, dass die Verwaltung für die Einwohner dieser Stadt da ist und nicht umgekehrt.

Das bedeutet in unserer jetzigen Situation - aber eigentlich auch in jeder anderen - zuerst schaue ich in der Verwaltung nach, wo, wieviel und verantwortbar in der Verwaltung eingespart werden kann, bevor ich darüber nachdenke, Mittel aus dem Haushalt für Leistungen an die Bevölkerung zu kürzen.

Diesem Ansatz ist die Verwaltung leider nur ungenügend gefolgt. Daraus resultierten auch entsprechende Vorschläge, wie gerade eben auch bemerkt. Beispiele für Einsparmöglichkeiten gibt es sicherlich mehrere, nur werden sie nach unserer Ansicht nicht wirklich von der Verwaltung ins Auge gefasst - warum auch immer.

Wir denken da z. B. an - und dafür haben wir schon mehrfach in den Jahren nochmal nachgefragt, aber man ist nicht bereit sich ernsthaft damit zu beschäftigen - Ausgaben, über die man reden muss, wie z. B. im Stadtvermessungsamt. Es gibt kaum noch große Kommunen, die dieses Amt selber betreiben. Warum kann man das nicht freigeben?

Wir denken an eine Überprüfung, z. B. der Bereiche Kulturbüro. Es ist die Frage zu stellen, wie viele Mitarbeiter braucht dieses Kulturbüro, um die Aufgaben, die im Haushalt sich wieder spiegeln, tatsächlich zu erledigen. Braucht es alle, die dort beschäftigt sind? Und wenn ja, wo sind dann die Tätigkeitsnachweise in den Zahlen im Haushalt?

Und nicht zuletzt das Personalamt. Das Personalamt ist gut bestückt. Wir haben dort ein bisschen mehr als 60 Mitarbeiter.

Und jetzt erzähle ich Ihnen mal ein Beispiel wie es auch anders gehen kann:

Es gibt ja immer so eine Schelte für die Freien Träger. Das sind diejenigen, die unseren Haushalt schröpfen ohne Ende.

Nun sage ich Ihnen, es gibt Freie Träger, die haben mehr als 200 Angestellte und haben für die Abwicklung aller Personalangelegenheiten bei den unterschiedlichsten Tarifregelungen für die Mitarbeiter nur eine einzige Fachkraft, die dafür zuständig ist.

Und wir haben in der Stadtverwaltung ca. 2.600 Angestellte und Beamte, es sind sogar ein bisschen weniger. Und wenn ich noch hinzurechne, dass das Personalamt ja auch tätig ist möglicherweise für unsere drei Eigenbetriebe, die wir noch haben - bzw. Eigenbetrieb und Theater, Oper und Orchester ist ja eine GmbH - also sprich Eigenbetrieb Kita, Eigenbetrieb ZGM und vielleicht auch für die Theater, Oper und Orchester GmbH, kommen noch einmal 1.200 oder 1.300 hinzu an Beschäftigten, sind wir bei leicht über 4.000.

Und jetzt rechnen Sie das mal um, was ich gerade gesagt habe. Und dann gebe ich sogar noch Luft dazu und sage, wir brauchen ja endlich auch mal Leute, die sich um echte Personalentwicklung für diese Stadt kümmern, die einen Personalentwicklungskonzept vorlegen und beständig fortschreiben und aktualisieren und da könnte man ja dort noch einmal einen Zuschlag geben. Aber da komme ich maximal auf die Hälfte dessen, was wir jetzt an Beschäftigten dort haben.

Über solche Maßnahmen muss man doch aber zumindest mal laut nachdenken dürfen und wenn sie sozialgerecht begleitet werden, auch in der entsprechenden Zeit umsetzen. Ohne dies geht es nicht, zumal wir in den nächsten 10 Jahren zunehmend weniger finanzielle Unterstützung vom Land Sachsen-Anhalt erfahren werden.

Oder glaubt hier ernsthaft jemand daran, dass das Land den allmählichen Wegfall der Bundesergänzungszuweisungen - wie das so schön heißt - oder kurz Solidarpaktmittel zu 100 % für die Städte und Gemeinden kompensieren wird? Ich nicht.

Zusätzliche wirtschaftliche und finanzielle „Einnahmewunder“ sind in Halle zumindest nicht absehbar. Auch unserer Kämmerer, Herr Geier, war sehr vorsichtig und hat trotz überschäumender Konjunktur und Steuerprognosen nur 1 Mio. € Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer jetzt in den Planansatz zusätzlich eingebracht.

Vor dem Hintergrund des gerade Geschilderten, müssen wir also insgesamt zunehmend kritisch auf Verwaltungsprozesse schauen, auch und vor allem im Hinblick auf die weitere Haushaltskonsolidierung - da stimme ich Herrn Bönisch ausdrücklich zu. Hier nur das Prinzip Hoffnung leben zu wollen, wird uns das Landesverwaltungsamt wahrscheinlich austreiben.

Damit sind wir bei vier, nach meiner Einschätzung, wichtigen Merkmalen des Haushaltes 2011 - nämlich Hoffnung, Mangel, Armut und Reichtum.

Die Haushaltssitzung ist von diesen vier Merkmalen geprägt.

Die Hoffnung spiegelt sich vor allen Dingen und insgesamt in der Finanzplanung wider. Vor allem wenn man berücksichtigt, dass gerade die neue Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung beschlossen hat, das FAG nun doch erst 2013 anzufassen und zu ändern und damit die Zahlen, die wir in unserer Finanzplanung stehen haben, eigentlich schon Makulatur sind. Und zwar mit dem Datum wo der Koalitionsvertrag unterzeichnet war. Wir hätten eigentlich noch einmal nachsitzen müssen.

Der Mangel drückt sich vorwiegend aus in der Instandhaltung, Instandsetzung, Werterhaltung und Wertverbesserung unseres Vermögens, sprich unserer gesamten Liegenschaften, die wir besitzen, der Gebäude, aber - und das sage ich hier ausdrücklich auch - unserer städtischen Unternehmen. Denn je mehr wir diese zur Haushaltskonsolidierung heranziehen, umso weniger können sie selbst dazu beitragen ihr Vermögen, welches sie natürlich in unserem Interesse verwalten, weiter Wert zu steigern. Und das ist eigentlich ein Verlust.

Hier stellt sich dann doch die Frage, die wir nicht ernsthaft diskutiert haben: Haushaltskonsolidierung oder Stadtentwicklung? Genau in diesem Widerspruch bewegen wir uns permanent und seine Auswirkungen haben wir dann auch selber zu verantworten.

Die Armut ist absehbar an weiteren Kostensteigerungen im Haushalt, insbesondere natürlich in denen, die jetzt mit der Harz IV-Reform verbunden sind und natürlich auch im Grundsicherungsbereich. Da kann man wiederrum sagen, das wird durch diese Harz IV-Reform in den nächsten Jahren dazu führen, dass die Grundsicherung, die sicherlich in den Kosten weiter ansteigen wird aufgrund der demografischen Entwicklung, uns in den nächsten Jahren vom Bund zunehmend abgenommen bis ganz abgenommen wird. Dennoch widerspiegeln diese Kosten einen Zustand in dieser Stadt.

Der Reichtum kommt eigentlich letztmalig im Vermögenshaushalt wahrscheinlich zum Ausdruck. Wir werden letztmalig einen so großen Vermögenshaushalt haben, ein solch großes Bauvolumen, wie in diesem Jahr umsetzen dürfen, wenn wir denn alle Baumaßnahmen schaffen, das sie umgesetzt werden können.

Und danach wird es mindestens eine Halbierung der tatsächlichen Investitionssumme geben, denn schaut man sich die Jahre vor dem Konjunkturpaket I und II an, dann wissen wir, was wir davor gestämmt haben und was wir danach noch stämmen werden können, auch angesichts der Entwicklung unserer Eigenmittel, die wir für Investitionen zur Verfügung stellen können.

Und jetzt möchte ich noch ein paar abschließende Sätze sagen zur Haushaltskonsolidierung. Auch die ist natürlich von großer Hoffnung getragen, weil Grundlage ist natürlich auch die Finanzplanung. Und dazu hatte ich ja schon gerade eben was gesagt. Die widerspiegelt sich natürlich auch in den Zahlen der Haushaltskonsolidierung. Und wenn das Land also erst 2013 bereit ist über das FAG zu reden, dann hat das natürlich auch Auswirkungen auf unsere Zahlen im Haushaltskonsolidierungskonzept.

Der Ansatz an sich, der hinter diesem Haushaltskonsolidierungskonzept steht, wird allerdings von unserer Fraktion geteilt. Es ist allemal wirtschaftlicher das Vermögen, welches wir besitzen, neu einer Verwertung zuzuführen und aus dieser Verwertung freiwerdende Mittel dann dafür mit einzusetzen, sprich für die Haushaltskonsolidierung ist es allemal wirtschaftlicher als es einfach nur in ein elend großes Loch zu stecken, wo es nur, ohne etwas zu tun, verschwindet.

Was wir aber nicht teilen auf Dauer, ist die Ansicht, dass für die nächsten 15 Jahre - und da wiederhole ich mich, aber ich bete es immer wieder vor - Jahr für Jahr 10 Mio. € weiter aus der Wohnungswirtschaft gezogen werden können. Das ist schlicht wirtschaftlich unmöglich.

Die Aufsichtsräte dieser beiden Gesellschaften werden das auch selber so sehen und - mindestens wenn sie in die Finanzplanung der beiden Wohnungsgesellschaften schauen, die entweder schon beschlossen worden sind bzw. dazu entsprechende Beschlüsse oder Gespräche noch anstehen - werden mir da sicherlich zustimmen.

Insofern ist natürlich auch dieses Haushaltskonsolidierungskonzept in gewissem Maße, zumindest in Teilbereichen, nicht auf festen Säulen gebaut, sondern ist gespeist von dem Prinzip sehr großer Hoffnung.

Und man könnte es auch anders ausdrücken. Hier wird ein Haushalt und ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt, welches eigentlich nur bis 2012 reicht. Alles was danach kommt, ist nicht mehr zu definieren und nicht durch vernünftige Prognosen zu untersetzen.

Zu allerletzt möchte ich noch eines sagen: Eigentlich - das glauben wir zumindest - ist es egal, wie unsere Fraktion sich heute hier zum Haushalt verhält und wie die einzelnen Abstimmungen wahrscheinlich zu den Anträgen auch ausgehen werden, eine Mehrheit wird es sowieso für den Haushalt geben.

Und das entscheidende Argument war sicherlich der Antrag, der zustande gekommen ist zwischen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion bezüglich der Dünnschichtbeläge. Und damit wurde sozusagen die Zustimmung der CDU-Fraktion eingekauft.

Während der normalen Haushaltsberatungen im Finanzausschuss, wo dieses Problem im Übrigen auch ganz normal angesprochen wurde von Herrn Bönisch, gab es gar keine Möglichkeiten und Lösungen, Geld zu finden. Als Herr Bönisch dann aber mitteilte, dass das möglicherweise eine Bedingung dafür sein könnte, dass seine Fraktion dem Haushalt die Zustimmung verweigert, da fand auf einmal die Verwaltung Geld, was vorher nicht möglich war.

Das finden wir schön, dass es diese Dünnschichtbeläge gibt. Es ist nur Schade, wenn man auf diese Art und Weise in den Ausschüssen behandelt wird und sozusagen die Zustimmung auf diese Art und Weise erkaufte werden muss.

Am Ende ist das wahrscheinlich alles egal. Das Landesverwaltungsamt wird uns wahrscheinlich die Haushaltsatzung zur Überarbeitung zurücksenden und wir dürfen dann unsere Hausaufgaben noch einmal machen, weil das Klassenziel nicht erreicht wurde. Denn 5 Mio. € weniger bzw. mehr im Defizit als ursprünglich geplant, ist eine Menge Holz und das muss erst einmal gehackt werden, damit wir da runterkommen.

Und ich wünsche mir, dass wir das bei der zweiten Beratung, die dieser Haushaltsberatung folgen wird - davon gehe ich fest aus -, dass dieses Ziel dann erreicht wird. Ich wünsche aber dann auch, dass die Verwaltung dann mit einer Zunge spricht und deutlich insgesamt mehr Engagement zeigt bei den Einsparungen, vor allen Dingen auch in den Bereichen, die nicht plausibel darstellbar sind.

Ich danke Ihnen!